

Berlin, 10. August 2006

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Leserinnen und Leser meines Rundbriefs,

der schreckliche **Krieg im Nahen Osten** geht in die fünfte Woche und endlich scheint eine Resolution des UN-Sicherheitsrats zur Beendigung der Kämpfe greifbar nah. Ich habe mich in den letzten Wochen intensiv in der Presse zu Wort gemeldet und für die Fraktion eine Sondersitzung des Auswärtigen Ausschuss mit Außenminister Steinmeier durchgesetzt, um der Forderung nach einer sofortigen Waffenruhe Nachdruck zu verleihen. Natürlich habe ich auch viele besorgte Zuschriften und Anfragen aus der Partei und von Einzelpersonen bekommen. Ich möchte Euch deswegen mit diesem Rundbrief über meine generelle politische Einschätzung und entsprechende Aktivitäten informieren.

Wegen der aktuellen Krise im Nahen Osten ist die brisante **Lage in Darfur** leider in der Öffentlichkeit in den Hintergrund gerückt. Dabei ist gerade jetzt politischer Druck zur Durchsetzung der von Kofi Annan vorgeschlagenen UN-Friedensmission nötig, um die humanitäre Katastrophe zu beenden. Auch dazu findet Ihr Informationen in diesem Rundbrief.

Mit grünen Grüßen



Der Krieg in Nahost – eine Situationsanalyse

(mit links zu Hintergrund und meinen Pressemitteilungen)

Aggression der Hizbullah

Am 12. Juli hat die islamistische [Hizbullah](#) zwei israelische Soldaten auf israelischem Staatsgebiet entführt und acht weitere getötet. Israel hatte sich im Jahr 2000 aus dem Südlibanon zurückgezogen, die Hizbullah fordert jedoch den israelischen Abzug auch aus den so genannten [Shebaa-Farmen](#). Diese gehören nach Feststellung der

Vereinten Nationen zum Staatsgebiet Syriens bzw. dem israelisch besetzten Golan. Die Hizbullah nutzt die Shebaa-Farmen trotzdem zur Legitimation ihrer weiteren Angriffe auf Israel und wurde von Iran und Syrien mit 15 000 Raketen ausgerüstet. Die [Resolution 1559 des UN-Sicherheitsrats](#) verlangt seit 2005 die Entwaffnung der Hizbullah und die Kontrolle des gesamten libanesischen Staatsgebietes durch die libanesischen Armee. Dies ist bisher nicht geschehen.

Der aktuelle Krieg hat nur mittelbar etwas mit dem israelisch-palästinensischen Konflikt zu tun. Er ist eher Folge des iranischen Hegemoniestrebens in der Region und der innerlibanesischen Auseinandersetzungen um eine Entwaffnung der schiitisch-islamistischen Hizbullah nach der Ermordung Rafiq Hariris und dem Abzug der syrischen Truppen. Iran und die Hizbullah lehnen eine 2-Staatenlösung im israelisch-palästinensischen Konflikt ab, diese ist aber [dringlicher als je zuvor](#).

Israels Recht auf Selbstverteidigung

Wir als Grüne müssen vor diesem Hintergrund festhalten: [Israel hat ein legitimes Recht auf Selbstverteidigung](#) gegen die Angriffe der Terrorgruppe Hizbullah. Das gilt insbesondere angesichts des andauernden Raketenbeschuss' israelischer Städte, bei denen bisher 41 jüdische und arabische Israelis umgekommen sind. Wir müssen in diesem Konflikt ganz klar Stellung beziehen gegen die Aggression der Hizbullah und ihre syrischen und iranischen Unterstützer.

Grundsatz der Verhältnismäßigkeit

Wir müssen aber ebenso konstatieren: das israelische Recht auf Selbstverteidigung ist an den Maßstab der Verhältnismäßigkeit gebunden und muss Zivilisten schonen. Ausmaß und Art der von der israelischen Luftwaffe bombardierten Ziele [überschreiten meiner Meinung nach den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit](#) deutlich: über 1000 libanesischen Zivilisten sollen bisher ums Leben gekommen sein und die zivile Infrastruktur Libanons wurde im großen Maßstab zerstört. Das ist moralisch nicht vertretbar sowie militärisch und politisch gefährlich. Die damit einhergehende Eskalation ist auch nicht im mittel- und langfristigen Interesse Israels. Sie führt zu einer erneuten Destabilisierung des Libanon mit der Gefahr eines Flächenbrandes für die gesamte Region.

Sofortiger bedingungsloser und beidseitiger Waffenstillstand

Das Ausmaß der zivilen Opfer auf beiden Seiten und die Zerstörung der zivilen Infrastruktur im Libanon machen einen sofortigen Waffenstillstand unabdingbar. Zumal von Anfang an absehbar war, dass Israel die Hizbullah militärisch nicht besiegen kann und die Hizbullah sogar politisch gestärkt aus dem Konflikt hervorzugehen droht. Die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen hat von Anfang an [diese Linie vertreten](#) und deswegen habe ich für die Fraktion auch eine [Sondersitzung des Auswärtigen Ausschuss](#) mit Anwesenheit des Außenministers beantragt. Unsere Forderung an die viel zu zurückhaltende Bundesregierung war und ist, Druck auf die

USA zu machen, damit diese ihren Einfluss auf Israel zugunsten eines sofortigen Waffenstillstands nutzt. Leider ist jedoch [mein Eindruck](#): Die USA lässt Israel gewähren, weil sie dessen Offensive als Teil ihres Kriegs gegen den Terrorismus betrachtet. Die Bundesregierung hat sich hier hinter den USA versteckt.

Politische Lösung

Eine dauerhafte Friedenslösung kann nur durch einen politischen Prozess erreicht werden. Dieser Prozess ist inzwischen im UN-Sicherheitsrat angelaufen, allerdings viel zu spät! Ziel dieses Prozess muss eine Entwaffnung der Hizbullah gemäß UN-Resolution 1559 und eine Stärkung der libanesischen Regierung inklusive internationaler Wiederaufbauhilfe für den Libanon sein. Dazu muss - wie die Bundesregierung inzwischen richtigerweise eingesehen hat – Syrien in eine politische Lösung eingebunden werden. Als Zwischenlösung muss schnellstmöglich eine internationale Truppe die libanesischen Armee dabei unterstützen, die Kontrolle im Südlibanon zu übernehmen. Zusammen mit meinem Fraktionskollegen Winfried Nachtwei habe ich noch [heute die Bundesregierung aufgefordert](#), sich mit aller Kraft für die schnellstmögliche Verabschiedung einer entsprechenden UN-Resolution einzusetzen, damit die Kämpfe endlich gestoppt werden.

Beteiligung der Bundeswehr

Die Debatte um eine Beteiligung deutscher Soldaten an einer internationalen Truppe im Libanon lenkt von den eigentlich wichtigen diplomatischen Verhandlungen über ein Ende des Krieges eher ab. Natürlich ist es ein erstaunlicher Vertrauensbeweis seitens Israel, wenn [Ehud Olmert im Interview mit der Süddeutschen Zeitung](#) sich explizit deutsche Soldaten an Israels Nordgrenze wünscht. Aber das bedeutet kein Automatismus für eine deutsche Teilnahme an der Stabilisierungstruppe. Aufgrund der historischen Belastung bin ich weiterhin sehr skeptisch. Auch weitere Voraussetzungen für eine Truppe müssten stimmen: ein begleitender politischer Prozess, die Zustimmung aller Konfliktparteien und die Beteiligung arabischer bzw. islamischer Staaten. Eine internationale Kampftruppe gegen die Hizbullah, wie sie jedoch Ehud Olmert vorgeschlagen hat, wäre ein Himmelfahrtskommando. Dafür kommt eine deutsche Beteiligung nicht in Frage.

Humanitäre Hilfe

Die [humanitäre Situation der libanesischen Zivilbevölkerung](#) ist angesichts der andauernden Kämpfe dramatisch. [Zusammen mit unserer Kölner Ratsfraktion](#) habe ich die Bundesregierung und die Bundesländer aufgefordert, neben der humanitären Hilfe vor Ort auch ein Kontingent libanesischer Flüchtlinge zeitlich befristet aufzunehmen. In meinem Berliner Büro gingen mehrere Hilferufe selbst deutscher Staatsbürger ein, deren Ehepartner und Kinder den Libanon nicht verlassen konnten, weil sie noch keine deutsche Staatsbürgerschaft besitzen. Die öffentlichen Kommentare insbesondere von [Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble](#) in dieser Frage finde ich

mehr als zynisch. Deutschland darf vor dem Flüchtlingsleid nicht die Augen verschließen.

Interviews zum Thema mit mir:

in der [Netzeitung](#) vom 20. Juli

in der [Sächsische Zeitung](#) vom 26. Juli

im [Deutschlandfunk](#) am 4. August (Audio)

Aktuelle Nachrichten:

[Haaretz](#) (linksliberale israelische Tageszeitung – englisch Seite)

[Daily Star](#) (libanesisches Tageszeitung – englisch)

Hintergrund:

[Heinrich Böll-Stiftung in Tel Aviv](#)

[Heinrich Böll Stiftung in Beirut](#)

[Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen \(UNHCR\)](#)

Darfur nicht vergessen!

Die dramatische Lage in Darfur hat sich in den letzten Wochen eher noch [verschlechtert](#). Inzwischen gibt es Kämpfe auch zwischen verschiedenen Rebellenorganisationen untereinander, allein im Juli sind [acht Mitarbeiter humanitärer Hilfsorganisationen getötet](#) worden. Hilfsorganisationen müssen ihre Arbeit deswegen immer stärker einschränken, die Versorgungslage der Bevölkerung hat sich damit noch einmal verschlechtert.

Die Umsetzung des [Darfur Peace Agreement vom 5. Mai](#) wird unter diesen Vorzeichen immer unwahrscheinlicher. Nur eine schnelle UN-Friedensmission mit robustem Mandat kann dem Drama in Darfur ein Ende bereiten. Der Friedens- und Sicherheitsrat der Afrikanischen Union hat diese Forderung Ende Juni [bekräftigt](#) und Kofi Annan hat dem UN-Sicherheitsrat Ende Juli ein [Konzept für eine entsprechende UN-Friedensmission](#) vorgelegt. Die sudanesischen Regierung weigert sich jedoch weiterhin, dieser Truppe zuzustimmen. Ich habe deswegen nach einem [Treffen mit dem EU-Sudanbeauftragten Pekka Haavisto](#) erneut gefordert, dass die Bundeskanzlerin persönlich auf die inoffiziellen Schutzmächte der sudanesischen Regierung – China und Russland – einwirkt. Leider habe ich jedoch den Eindruck, dass der Bundesregierung die Dramatik der Lage in Darfur verdrängt. Hier müssen wir Grünen weiter öffentlichen Druck machen.

Aktuelle Nachrichten und Hintergrund:

[Darfur-Hilfe e.V.](#)

[amnesty international](#)

[United Nations Mission in Sudan, UNMIS](#)